

„Handel und Wandel stehet ganz still, Geld ist rar und alles sehr tot“

Schwäbisch Gmünd vor 200 Jahren – Das Jahr 1799

Klaus Jürgen Herrmann

2. Januar: Der Legationssekretär Vitus Soliva aus Regensburg, der für die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd und andere Reichsstädte beim *Immerwährenden Reichstag* als Schreiber fungiert, erhält eine einmalige Zuwendung von elf Gulden und in Zukunft ein regelmäßiges Gehalt von zehn Gulden, wenn er seinerseits auf sämtliche bisher erhobenen zusätzlichen Schreibgebühren verzichtet.

Dem bürgerlichen Schlosser und Witwer Joseph Storr wird die Heirat mit der ledigen Bürgerstochter Anna Botzenhard erlaubt.

Joseph Romerio bittet zehn Monate nach dem Tod seines Schwiegervaters, des Oberstättmeister Mayer, die Rechnungslegung sowohl beim Kassieramt als auch beim Stättmeisteramt vorzunehmen, da man jetzt noch bei *Zweifel Auskunft geben könne*. Man beschließt, sobald als möglich die Rechnungslegung vorzunehmen. Am **29. Januar** erfolgt die Rechnungslegung, wobei *einige vorgekommene Anstände* aus der Welt geschafft werden können.

Ehestreit des später so berühmten Dr. Kehringer mit seiner Ehefrau: Der zweite Stadtarzt Dr. Kehringer erscheint nicht zum anberaumten Gütetermin. Es wird ihm eine letzte Frist von acht Tagen gesetzt. Am **24. Januar** kommt es zur mündlichen Verhandlung vor dem Rat *puncto Divortii et divisionis* (wegen Scheidung und Trennung des Haushalts). *Hierauf äußerte sich Frau Dr. Köhringerin, wie sie niemals wieder zu ihrem Manne wolle und auf Abtheilung bestehe. Man entscheidet: hätten beyde Theile sich vordersamst wieder miteinander zu vereinigen, wo nicht, so werde nach erfolgter Ehescheidung hinsichtlich der Alimentation und Vermögensabtheilung weiters ergehen was Rechtsens.*

5. Januar: Acht Bürger werden in die Deputation für die städtische Armenanstalt gewählt. Es sind dies: Joseph Debler, Stadtwirt, Michael Rudolph, Goldschmied, Michael Hartman, Goldschmied, Ignatz Mayer, Seiler, Joseph Storr, Tucher, Joseph Buchler, Handelsmann und Dominikus Debler, Kaufmann. Diese Deputation hat eine wichtige Aufgabe innerhalb der Stadt auszufüllen: Immer mehr Menschen fallen in diesen Kriegszeiten durch Arbeitslosigkeit in Armut und sind auf die Unterstützung durch diese Armenkasse – wir würden heute sagen auf das Sozialamt – angewiesen. Und wer bedürftig ist, entscheiden eben diese acht Herren unter Vorsitz des Stadtpfarrers.

Es liegt die Beschwerde zweier Gmünder Dragoner vor, sie hätten zwar ihre 40 Kreuzer Löhnung pro Monat von ihrem Oberleutnant Debler erhalten, nicht aber die ihnen auch versprochenen Strümpfe zur Montur. Entscheidung: Oberleutnant Debler soll dazu befragt werden.

9. Januar: Es wird dem Rotochsenwirt Joseph Knoll zum 14. Jenner die Bewilligung gegeben, einen Ball mit Masken zur Fastnachtzeit abhalten zu dürfen.

12. Januar: Es wird der 43. Bericht *nebst Beylage mit Ziffer 64 von der Reichsfriedensdeputation in Rastadt* verlesen.

[Im übrigen: Der Friedenskongreß von Rastatt, auf dem seit dem 9. Dezember 1797 das Deutsche Reich und Frankreich über einen Friedensschluß beraten, wird am 28. April abge-

brochen. Auslöser dieses Abbruchs ist der Mordanschlag auf die französische Gesandtschaft durch einen k.k. Husaren. Der Kaiser leugnet, in das Mordkomplott verwickelt zu sein. Auf dem Rastatter Kongreß wurde darüber beraten, wie die deutschen Reichsfürsten die Rheingrenze anerkennen. Sie sollen für ihre Verluste auf linksrheinischem Gebiet durch Säkularisierungen – also Aufhebung geistlicher Herrschaften rechtsrheinisch – entschädigt werden. Es gehen auch schon Gerüchte über die Mediatisierung der Reichsstädte um. Der jetzt ausbrechende sogenannte zweite Koalitionskrieg beendet die Friedensphase bis zum Frieden von Luneville am 9. Februar 1802.]

Anna Maria K. von Weiler beklagt, der Mahlknecht Bernhard S. habe bei ihr im Haus seine Hochzeit ausrichten wollen. Er sei aber vorher *getürmt* und sie habe einen Schaden von zwei Louis d'or. Sie bittet deshalb den noch vorhandenen Kasten des Bernhard S. in *obrigkeitlichen Beschlag* nehmen zu dürfen, um später aus dem Inhalt ihren Schaden decken zu können. Es wird ihr bewilligt.

15. Januar: Neujahrsgratulation auf dem Rathaus: *Amtsbürgermeister Schedel erstattet nach uraltem Gebrauch und Herkommen Einem Wohllöblichen Magistrat schriftlich seinen Glückwunsch zum Neuen Jahr . . . hierauf wurde von Einem Ganzen Rath mit gebogenen Knien des Gebett entrichtet, wo sonach auch Tit. Rathssyndicus Roell im Nahmen der gesambten verehrlichen Rathsglieder dem wohlweisen Herrn Amtsbürgermeister Schedel in den verbindlichsten Ausdrücken danket. Auf dieses nahm die Sizung ihren Anfang.*

Schreiben vom Oberwerbekommando der k.k. Armee in Frankfurt am Main wegen dem Deserteur S. (siehe 1798). Man entscheidet, daß der Vater vorgeladen werden solle. Am 23. Januar erscheint der *alte S.* vor dem Rat. Es wird ihm ein Schreiben des k.k. Kommandos verlesen und das Angebot unterbreitet, er könne seinen Sohn für 132 Gulden auslösen. Vorher müsse er ihn aber schnellstens zum Werbekommando nach Ulm schicken. Am **9. Februar 1799** schreibt der Werbehauptmann Lutsch aus Ulm wegen Sebastian S. an den Rat. Der hat aber jetzt anscheinend die Nase dicke. Man entscheidet: *Beruhe auf sich*, will heißen: Der Magistrat will von der Angelegenheit nichts mehr wissen.

Stiftsorganist Xaver Vetter bittet um Zuteilung der frei gewordenen Kantorstelle in der Heilig-Kreuz-Kirche. Wird bewilligt.

24. Januar: Dem wegen Diebstahls einsitzenden Johann K. wird seine langwierige Untersuchungszeit auf die Strafe teilweise angerechnet, der Rest wird mit 25 Stockstreichen *abgewandelt* werden. Das Urteil wird ihm am **26. Januar** verkündigt, *der Stadtknecht zur Vollstreckung der Exekution hereinberufen, welchen denselben sogleich zur Abzichtigung abführt.*

Kloster Gotteszell zeigt dem Magistrat an, daß es seine in württembergischen Landen gelegenen Weinberge verkaufen will, um seine Schulden abzudecken und weil der Ertrag sich nicht mehr lohne. Man habe ein Angebot über 6000 Gulden in bar. Der Magistrat bewilligt den Verkauf. Im übrigen: Man hat sich um dieses Mitspracherecht der Stadt beim Kloster Gotteszell *jahrhundertlang* juristisch gestritten.

26. Januar: Vor dem Rat erscheint Stiftspropst und Stadtpfarrer Thomas Kratzer und beschwert sich über die (Auszüge seiner Philippika im Ratsprotokoll) *von gottlosen Menschen Sonntags dahier im Ball beim Stern gemachte Vorstellung . . . diese Auswüchse von Menschen als welche vorzüglich die Geistlichkeit herabzuwürdigen trachtet . . . höchststrafwürdige Betragen . . . seyen der berühmte Dr. Köhringer und ausgelassene Fahndrich Hörle nebst dem Advokaten Mühleiß verwickelt. Er erstattet Anzeige.* Der Magistrat antwortete auf diese Anzeige (ebenfalls Auszüge aus dem Protokoll): *Für die gemachte Anzeige . . . der innigste Dank, sollen diese 3 boshaften Menschen vor den Rat citiert und dieser Bosheit schärfstens verwiesen; solle in Zukunft bei jedem bei einem Wirt abzuhaltenden*

*Dr. Josef Kehringer,
gouachiertes Aquarell eines
unbekannten Künstlers,
um 1800*



Ball 2 Mann Soldaten als Aufpasser eingelegt werden und auf der Hauptwache selbst die Wache verstärkt werden.

Am **29. Januar 1799** müssen jetzt nur noch Fähndrich Härle und Dr. Kehringer vor dem Rat erscheinen, wo ihnen Amtsbürgermeister Schedel das schändliche ihres Tun vorwirft, während sich Dr. Mühleisen als Jurist offenbar ganz aus der Schußlinie gebracht hat. Die Sachlage war wohl diese, daß sich alle drei Herren als Geistliche verkleidet hatten, zu dieser Zeit ein Sakrileg ersten Ranges, das sich nach der Vorstellung der Zeitgenossen nur Atheisten oder Jakobiner leisten konnten. *Sontags auf dem in des Sternwirths Behausung abgehaltenen Ball als Masken, eine so auffallende, gotloße ja für gutdenkende Christen höchst ärgerliche Vorstellung gemacht.*

Aber Dr. Kehringer redet sich geschickt heraus: Sie seien keine *regulären* Priester gewesen, sondern nur eben diese meineidigen Priester in Frankreich, die trotz des Verbotes des Papstes sich auf die französische Republik hätten einschwören lassen. Und im übrigen – Angriff ist die beste Verteidigung – die Herren Geistlichen sollten doch gefälligst den Dreck vor ihrer eigenen Türe kehren. Und das alles nun im Originalton Kehringer (nach dem Protokoll): *Hierauf erwiederte Herr Dr. Köhringer, wie sie mit ihrer Vorstellung nichts anders sagen und vorstellen, als jene Geistliche, welchen den Bürgereid abgeschworen in Frankreich und auf welchen auch der Fluch des Heiligen Vatters ruhe: Es befremde sie aber nicht wenig, daß sich die Geistlichkeit so sehr daran geärgert, es wäre wohl besser, wenn dieselbe ihre eignen Geistliche, wovon man die ausgelassensten und schändlichsten Beyspiele vorhanden habe, besser im Zaum halten würde.*

Die Entscheidung des Magistrats in dieser leidigen *Fasnachtssache* klingt ziemlich lendenlahm, wenn auch mit papierner Drohung nicht gespart wird: *zimmlich unschicklich und sehr auffallend, ja höchst ahndungswidrig seyn seine Entschuldigung gewesen; man wolle sich dießmahl mit derben Verweisen begnügen, in Zukunft aber solche ernsthafte Vorkehrungen gegen ihn ergreifen.*

Dem reichsstädtischen Untertan Johannes K. vom Lindenhof werden wegen Unwetter-schäden die Hälfte seiner Gült (Steuern) an St. Katharina für dieses Jahr erlassen.

Dem neu aufgenommenen Bürger Friedrich Haber, von Beruf Kunstmaler, wird die Bürgeraufnahmegebühr erstmals um die Hälfte auf 30 Gulden ermäßigt.

Herr Oberamtmann Kapf in Heubach beschwert sich über den Sohn des Möhnhofbauern, der habe an den Grenzsteinen *gefummelt*, sie versetzt. Diese *Grenzrückaffäre* wird die Gremien der Reichsstadt in den nächsten beiden Jahren vollauf beschäftigen.

29. Januar: Herr Bonaventura Bomas von St. Katharina kündigt dem Stättmeisteramt 3000 Gulden Kapital auf. Am **14. Februar 1799** moniert er das Ausbleiben der Zahlung und wird getröstet: Er solle – sobald als möglich – befriedigt werden.

Die Bauamtsrechnung von 1798 wird immerhin ratifiziert d. h. überprüft und als richtig erkannt.

Dem 1. Stadtarzt Dr. Stütz wird wegen medizinischer Betreuung der städtischen Soldaten ein jährliches Zusatzsalär von 30 Gulden gewährt.

1. Februar: Eine Anmahnung der Kreiskanzlei Stuttgart wegen rückständige Steuern: bezahlt werden soll spätestens in 14 Tagen.

Aufkündigung von Kapital durch den Oberamtmann Zimmermann in Salmannsweiler. Reichsstädtischer Bescheid: die anfallenden Zinsen sofort zu bezahlen, dem Oberamtmann aber zu schreiben, er solle das Kapital stehen lassen, *bis nach bereits zu bestreiten habenden Kriegslasten, wo sodann solches als das erste abbezahlt werden solle.*

13. Februar: Der Kaufmann Carl K. klagt gegen seinen Bruder Jakob K.: Dieser bringe mit Wein, Weib und Gesang die gemeinsame Firma durch, zur Zeit halte er sich bei seiner Abwesenheit sogar eine *schlechte Dime*, die er auch noch geschwängert habe. Er erleide deswegen *keinen geringen Schaden* und fordert das Geschäft zwischen ihm und seinem Bruder zu teilen. Jakob K. bittet, ihm den begangenen Fehler *bey höchster Trunkenheit* zu verzeihen und verspricht Besserung. Der Entscheid des Magistrats: Ihm wird *ein so schändliches höchst verschwenderisch ausgelassenes Betragen nachdrucksamst verwiesen . . . und die Handlung betreffend, solle die Separation gerichtlich vorgenommen werden.*

Spitalmeister Köhler klagt gegen Georg S. und Joseph M. von Spraitbach wegen Steuer-verweigerung (17 Kreuzer Hellergeld): Sollen beide wie bisher ihr Hellergeld bezahlen.

14. Februar: Gantverfahren gegen den bürgerlichen Goldschmied Augustin G. Seine Behausung wird versteigert.

Kanzleiaccessist Ignaz E. bittet um ein städtisches Darlehen: Abgelehnt, ohne Gründe zu nennen.

19. Februar: In der Rems bei Schwäbisch Gmünd ertrinkt der württembergische Untertan und Ziegler Jakob Friedrich K. aus Heubach.

20. Februar: Ansuchen des Herr Spitalmeister Köhler, der mit *Verärgerung* feststellt, daß die städtische Finanzkasse ihn mit 200 Gulden Steuer veranschlagt hat. Obwohl er als Vorsteher des Spitals nicht gerade zu den Hungerleidern in der Stadt gehört, verlangt er dennoch eine Verminderung seines Steueransatzes. Doch da bleibt der Rat der Stadt eisern: Es wird beschlossen, es habe mit seiner Steuereingruppierung sein Bewenden, also seine Richtigkeit.

21. Februar: Interner Krach im Rathaus: Beleidigungsklage des Stättmeisters H. gegen

den Accessisten St. St. behauptet öffentlich, daß der Stättmeister noch in seiner Zeit als Stadtrat und Vorsteher der Armenkasse dort ein Defizit gehabt habe, das er jetzt als Stättmeister vertuschen wolle und durch eine nachgeschobene Revision nachbessere. H. fühlt sich mehr als beleidigt, zumal zu seiner Zeit als Armenkassenverwalter der Stand der Kasse vom Magistrat als richtig bezeichnet worden war. St. erhält einen scharfen Verweis und muß vor *geseßenem Rath öffentliche Abbitte leisten. Darauf wurde St. vorberufen, welcher auch die Abbitte geleistet.*

Es wird verboten, fremde Schlosserwaren – vor allem in den Gasthöfen der Stadt – zu verkaufen.

2. März: Burkhard P. aus Iggingen muß seiner zuständigen Grundherrschaft, dem Dominikanerkloster in der Stadt, die zuständigen Steuern schuldig bleiben. Er wird der erste in einer langen Kette in den nächsten Jahren sein. Da die Stadt selbst fast pleite ist, hat sie ein Einsehen: P. darf seine Schulden in den nächsten Jahren stückweise abstottern.

14. März 1799: Von Regensburg vom *Immerwährenden Reichstag* kommt die Nachricht, daß russische Truppen deutschen Boden betreten haben.

Diebstahl des Wagnergesellen Johann Sch., gebürtig aus Schweitenkirch in Bayern, bei seinem Meister Bernhard Stollenmayer: Urteil: *Wegen mildernd eingetretener Umstände* wird er zur wohlverdienten Strafe dem Kaiserlichen Militär auf sechs Jahre übergeben.

9. März 1799: Aus irgendwelchen Kassen leiht der Magistrat seinem eigenen Kassieramt 1000 Gulden à fünf Prozent, allerdings mit der Auflage, dieses Darlehen geheim zu halten und nur im äußersten Notfall auf diesen Geldstock zurückzugreifen (am 16. März gibt es dann nochmals 1000 Gulden).

Stillschweigen ist wohl angebracht: Es wäre wahrscheinlich peinlich – oder noch einleuchtender – es gäbe wohl eine Panik, wenn die Bevölkerung erführe, daß die Reichsstadt *wirklich pleite* ist.

Es wird in der Ratssitzung eifrig darüber Klage geführt, die Nachtwächter versähen ihren Dienst so schlecht, so daß sie öfters nach Mitternacht die Stunden gar nicht mehr ausriefen. Als *Belohnung* entzieht ihnen allen der Magistrat spontan und ad hoc 2/3 ihrer monatlichen Löhnung.

Der Magistrat von Schwäbisch Gmünd stellt Herrn Franz Schindelar einen Sicherheitsbrief für die Fahrt zur Frankfurter Ostermesse aus.

14. März: Requisition zum Ulmer Schanzbau. Der Ulmer Festungskommandant mit Namen Dedovitsch verlangt von Gmünd 20 Schubkarren, 50 Krampen, 50 Schaufeln und acht zweispännige Wagen bis zum 13. dieses Monats *bey Vermeidung der Execution* zur Schanzarbeit. Da man von Gmünder Seite glaubt, daß besonders die benötigten Wagen in Ulm billiger zu mieten sind, werden der Ratskonsulent Stadlinger und der Kassier Steinhäuser am **16. März** dorthin mit der Aufgabe beordert, die Fahrzeuge zu organisieren.

16. März: Die Gemeinde von Mögglingen – jedenfalls der gmündische Anteil – befürchtet bei Wiederausbruch des Krieges erneut mit den allseits so beliebten Einquartierungen fremder Truppen überproportional zu den anderen Schwäbisch Gmünder Ortschaften bedacht zu werden. Sie bittet daher, beim nächsten Mal darauf zu achten, daß der Ort *glimpflich* davon kommt.

Katharina R., mit einer schmerzlichen Gliederkrankheit ans Krankenlager gefesselt, erhält – so entscheidet es der Magistrat – wöchentlich einen Gulden aus der Armenkasse. Sie kommt leider nicht mehr in den Genuß dieses Geldes, da sie noch am selben Tag abends um 20 Uhr verstirbt.

20. März: Erneute Kündigung seiner Kapitalien von 3000 fl. und 1700 fl. bei der Stadtkasse durch den Hofmeister Bonaventura Bomas von St. Katharina. Reichsstädtischerweise

ist man in arger Verlegenheit. Man hat eben kein Geld. Schieben heißt deshalb das Motto. Der Bescheid: Es soll ihm alles in einem 1/4 Jahr ausbezahlt werden. Bis dorthin ist es noch weit – denkt man – und man hat wieder „finanzielle Luft“.

27. März: Fortsetzung des Kleinkrieges des Möhnhofbauern N. und seiner Söhne gegen das württembergische Oberamt Heubach: Sie fällen provokativ eine Eiche auf württembergischer Markung.

Im März 1799 kamen kaiserliche Offiziere hieher, um die ganze Gegend aufzunehmen. (Grimm, Geschichte Gmünds, 1867, 219)

Auch bei den Dominikanerpatres im Predigerkloster wird es finanziell eng. Da sich die Umstände verschlimmern – wie ihr Zinsbuch vermeldet – müssen sie sechs silberne Leuchter samt Ampel an den Goldschmied Kilian Wagner für 952 Gulden und 36 Kreuzer im wahrsten Sinn des Wortes versilbern.

3. April: Für die nach Ulm abzustellenden 82 Schanzarbeiter wird eine Sondersteuer auf dem Land und in der Stadt ausgeschrieben.

Seine Majestät der Kaiser von Österreich beabsichtigte Ulm zu befestigen. Zu diesem Behufe mußte Gmünd 80 (!) Schanzarbeiter stellen und zwar die Stadt 27 Mann und das Land 53. Von Seiten der Stadt erhielt jeder Mann täglich 30 Kreuzer, 2 Pfund Brod und freies Quartier. (Grimm: Geschichte Gmünds, 1867, 219)

Thomas Melber erhält den Mesnerdienst bei St. Leonhard in der Nachfolge seines verstorbenen Vaters mit der Auflage *noch einige Zeit im ledigen Stand zu verbleiben und seine Mutter diese Zeit sohin bey sich annoch zu behalten.*

4. April: Das Wengen Stift in Ulm will für seine bei der Stadt Schwäbisch Gmünd stehenden Kapitalien mehr Zins. Entscheid: geht in diesen *Kriegszeiten* nicht.

10. April: Aufkündigung des Kapitals von ca. 3500 Gulden, das die Stahlschen Erben bei der Stadtkasse stehen haben.

Herr Johann Jakob Klotz aus Frankfurt a. M. bittet um finanzielle Anerkennung für die Mühe, Kapitalien für die Stadt Schwäbisch Gmünd auf dem freien Finanzmarkt aufzutreiben. Ihm wird geantwortet: *könne dem Herrn Klotz jährlich 100 Gulden Honorarie ertheilt und angezeigt werden, wie es bei wirklichen Zeiten wohl geschehen dürfte, wenn ein Anlehen für hiesige Stadt erhoben werden könne.*

11. April: Der erste Stadtarzt, Dr. med. Stütz, bittet um Unterstützung für seine Geschwister, die *durch den leidigen, zu frühen Todfall seines Vatters in eine der bedauernswürdigsten Lage gesetzt worden.* Bescheid des Magistrats: *... sollen baldmöglichst unterstützt werden.*

Der Chirurg Andreas Hartmann, zur Zeit tätig in der *Freigräflichen von Woelwarthischen Condominal Herrschaft Fachsenfeld* bittet um Anstellung auf die frei gewordene Chirurgenstellung in Schwäbisch Gmünd. Es wird entschieden: Er solle zuerst seine Zeugnisse von der *Hohen Schule* vorzulegen, dann könne man entscheiden. Ohne Zeugnisse, keine Anstellung.

20. April: Der Gmünder Bürger und Bader Aloys Schnitzer bewirbt sich ebenfalls um die freie Chirurgenstelle in der Stadt.

Die Frau des verstorbenen Oberstädtmeister Mayer will wie ihr Mann, als er noch amtierte, den sogenannten *Maientrunk* (Wert: 25 Gulden) in diesem Jahr bekommen. Der Geheime oder Kleine Rat weist sie mit diesem Ansinnen an den Großen Rat, in dem auch die Zunftvorsteher sitzen.

23. April: In Sachen des aufmüpfigen Möhnhofbauern Michael N. muß jetzt der Gmünder Ratssyndikus Roell an die Herzoglich-Württembergische Regierung in Stuttgart schreiben.

Anfang Mai 1799 kamen viele hundert Wagen mit Munition etc. hier an. Die Bäcker hatten voll auf zu thun mit Kommißbrodbacken. In die Fuggerei kam die Büchsenmacherei. Es kamen täglich sehr viele Völker an; es hieß, es sei Frieden, andere sagten, es sei eine Retirade und die Franzosen folgten ihnen bald nach. (Grimm, Geschichte Gmünds, 1867, 219)

7. Mai: Nach dem Tod des Achtmeisters der Goldschmiedzunft Franz Wagner sind Neuwahlen fällig. Die meisten Stimmen für den vakanten Posten erhält der Gmünder Bürger und Goldschmied Gregor Gündle. Seine Wahl und seine Installierung als neuer Achtmeister der Goldschmiedezunft wird vom Magistrat bestätigt.

Die ausgeschriebene Stelle des städtischen Chirurgen und Geburtshelfer erhält Andreas Hartmann. Später gibt es noch Schwierigkeiten mit seinem verflochtenen Arbeitgeber in Fachsenfeld, der Sicherheiten für die von Hartmann noch zu bezahlenden Steuern (Abzugssteuern) haben will.

11. Mai: Es erscheinen die reichsstädtischen Untertanen aus Bettringen und tragen vor, wie sie durch *Plazregen also an ihren Gütern durch das Wasser beschädigt worden und bitten derowegen, sie für diesmal von denen Fuhren von Göppingen nach Tübingen zu verschonen und einige Unterstützung zu verschaffen*. Es ergeht der Bescheid: *Sollen für diesmal von den Landeslieferungs-fuhren verschont bleiben, auch bei Gelegenheit ein Augenschein eingesehen und ihnen Unterstützung geleistet werden*.

19. Mai: Der Benefiziat Dominikus Killinger von der Hl.-Geist-Kapelle des Spitals tauscht mit Herrn Pfarrer Johann Debler in Bargau die Stelle: Debler gibt dabei seine ihm zuständigen jährlichen 100 Gulden ab, ebenso vier Malter Dinkel und vier Wagen Buchenholz. Der Magistrat als der zuständige Patronatsherr genehmigt den Tausch. Dazu vermerkt der berühmte Chronist Dominikus Debler in seiner Chronik: *Im Monat August [1799] starb hier der Pfarrer zu Bargau, Joann Debler, nachdem er vor sechs Wochen den Herrn Dominikus Killinger resigniert hatte. Das Beneficium hat sodann erhalten Herr Baptist Kaiser, Pfarrer auf dem Möhnhof und davor ist dort Pfarrer geworden Herr Joann Franz*.

25. Mai: Der württembergische Oberamtmann Paulus von Schorndorf kündigt an, daß er auch in diesem Jahr zur *Nördlinger Messe* – wie es übrigens Württemberg seit Jahrhunderten handhabt – den Geleitschutz durchs Remstal für alle Kauf- und Handelsleute übernehmen wird (*ius conducendi*).

29. Mai: Die Gmünder Fischer beschwerten sich beim Magistrat, daß in denen von ihnen gepachteten Fischwässern von Dritten unerlaubt geangelt oder sogar mit Sprengung (*Misbrauch mit Schießen*) abgefischt werde.

Solle ein geschärftes Decret mit strengem Verbott in den Zunftten publiciert werden bey empfindlicher Strafe nicht mehr zu angeln oder Fische zu schießen.

Auch in intimste Angelegenheiten greift der Magistrat als moralisch-paternalistische Anstalt ein: Stadtknecht Schönleber zeigt an, daß die ledige Tochter Johanna des verstorbenen reichsstädtischen gemeinen Soldaten B. schon nun das dritte Mal „außer der Ehe“ schwanger geworden sei und sich nur deshalb außer Haus zeige und verneine, sie wäre schwanger, um der Verurteilung als *ledige Mutter* zu entgehen. Der Magistrat bestellt Johanna zur nächsten Ratssitzung ein, wo sie auch ziemlich kleinlaut ihre dritte Schwangerschaft bestätigt, *eine iudicale Besserung* verspricht und *um eine gnädige Strafe* bittet.

Man entscheidet: *Solle ihre Entbindung abgewartet und sodann unnachsichtlich mit der festgesetzten Strafe abgewandelt werden*.

Dem Buchdrucker Georg Ritter wird das volle Bürgerrecht in der Stadt Schwäbisch Gmünd erteilt und somit auch das Recht, Immobilien zu kaufen. Ritter ist der Herausgeber der *Reichsstädtischen Nachrichten* in Gmünd, von denen sich leider nur ein Exemplar von 1794 erhalten hat.

8. Juni: *Da er durch eine Viehseuche all sein Vieh verlohren hat*, bittet der gmündische Untertan Anton K. aus Buch um Aussetzung seiner Steuern für dieses Jahr.

20. Juni: In diesen unruhigen Zeiten zieht jeder sein Kapital ab. Jetzt kündigt auch der Bürger, Handelsmann und Seiler Ignatz Mayer sein Kapital von 1000 Gulden bei der Stadt auf. Es sind zwar nur kleine Summen, die da abgezogen werden, aber auch dies schmerzt die Stadtkasse offensichtlich, wie aus dem Wortlaut des Ratsprotokolls hervorgeht: *Solle Ihme – wenn nicht ausserordentliche nothwendige Zahlungen auskommen werden – sein Capital bis Martini (= 11. November) heimgezahlt werden.*

17. Juli: Die Franziskaner bitten um die Erlaubnis, in der Schmalzgrube eine *Komoedie* spielen zu dürfen, was ihnen erlaubt wird.

6. August: Valentia Z. bittet für ihren kranken 70jährigen Vater um die vom Rat bezahlte Medizin. Es wird ihr *bewilligt*.

8. August: Die Kontributionscassaadministration – im heutigen Deutsch: die Kasse, die für das Einsammeln von Kriegsgeldern aller Art verantwortlich ist – bemäkelt beim Magistrat, daß sowohl die Städter in Gmünd wie auch die Untertanen auf dem Gmündischen Land im Bezahlen dieser Steuer mehr als langsam sind. Kein Wunder: Es ist eine außerordentliche Steuer, die nun schon Jahrzehnte erhoben wird. Auch kein Wunder, daß da die Begeisterung fürs prompte Zahlen überall abflacht. Der Magistrat will mit gedruckten Edikten nochmals auf die Notwendigkeit dieser Steuern hinweisen und sie im schlimmsten Verweigerungsfall mit Gewalt eintreiben lassen.

Ein Herr Weinstätter bittet um die Erlaubnis, in Gmünd – wahrscheinlich im Theater im Schwörhaus – Komödien aufführen zu dürfen, was ihm auch für den Monat August zugestanden wird. Der Herr Weinstätter spielt dann auch noch im September und Oktober. Als es um eine weitere Verlängerung – er spricht von zwei Monaten für seine Truppe – geht, erlaubt ihm der Rat ein weiteres Spielen am **31. Oktober 1799** auf weitere 14 Tage, dann aber muß er sein Theaterspielen in Schwäbisch Gmünd einstellen. Der Chronist Dominikus Debler vermerkt dazu: *Schon anfangs September waren die Schauspieler Weinstetter hier und spielten eine Comödie.*

Ausgerechnet beim *Waisenhaus* will Johannes O. eine neue *Dunglege* hinsetzen, was ihm natürlich – schon wegen des Gestankes – abgeschlagen wird.

Die Münsterbauhütte – *Unser Lieben Frauen Stiftskirchen Fabrique* – rechnet für den Zeitraum vom 1. Januar 1795 bis *letzten Dezember 1798* ab.

Im *Katharinawald* – also in der Nähe von St. Katharina – werden *zwei Weibsbilder verhaftet*. Da sie offensichtlich schon vom Oberamt Heubach gesucht werden, überstellt sie der Stadtknecht dorthin.

14. August: Im Gmünder Teil von Mögglingen wird der Vagabund Benedikt B. wegen vermutetem Diebstahl mit seinen zwei Söhnen festgenommen. Obwohl man ihm nichts nachweisen kann und ihm das sogar schriftlich geben muß (*Ein Certificat ertheilt, dass nichts auf ihn gekommen*), werden seine beide Söhne schon einmal vorsorglich *behandelt*: Der jüngere bekommt 10, der ältere 15 *Ruthenstreiche ad posteriora* – also auf die Hintertheile – verpaßt und beide müssen versprechen, daß sie *das hiesige Territorium meiden* werden.

22. August: Der Schenk von Kastell hat in Oberdischingen ein *Privatzuchthaus* aufgemacht, wo verurteilte Verbrecher ihre Strafe absitzen müssen. Der Schenk und seine Männer betätigen sich auch als Kopfgeldjäger und nehmen gegen Bezahlung Verurteilte von anderen Städten auf. Die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd ist an einer solchen Zusammenarbeit sehr interessiert. Sie hat sich deshalb den Vertrag der Reichsstadt Dinkelsbühl mit dem Schenken kommen lassen und entscheidet nach Prüfung: *Wäre der Antrag zu machen mit*

dem Graf Schenk von Kastell eine Übereinkunft treffen zu können. Jedenfalls probiert man die neue Zuchthausanlage schon einmal aus. Am Samstag, den **24. August 1799**, quittiert man in Dischingen bereits die Ankunft von Dieben aus Schwäbisch Gmünd.

Ausgerechnet an Mariae Himmelfahrt (= 15. August) sind die württembergischen, also protestantischen, Bauern in Iggingen ihren Feldgeschäften nachgegangen, haben dann aber auf Bitten der übrigen katholischen Bauern deren Feiertag respektiert und nicht mehr gearbeitet.

31. August: Bei Krankheiten weiß man sich so richtig nicht zu helfen, wenn sie aus der Norm fallen: Herr Joseph B. bittet um Unterstützung für *seine wahnsinnige Frau*. Man entscheidet, die kranke Frau in ein Zimmer im Waisenhaus zu legen.

4. September: Es werden wieder Verhandlungen vom *Immerwährenden Reichstag* in Regensburg verlesen. Man behandelt die *große Politik* nicht weiter, sondern beschließt – was könnte man auch viel anderes tun – bei etwaigen Abstimmungen dort mit den übrigen Reichsständen konform abzustimmen.

11. September: Es geht immer noch darum, daß die Söhne des Möhnhofbauern die Grenzsteine zum württembergischen Oberamt Heubach – aus Jux und Tollerei – *ausgehoben* haben. Stuttgart läßt nicht locker und will Aufklärung, Gmünd spielt auf Zeit und verweist das württembergische Papier zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse, die dann folgerichtig entscheiden, daß die *Freveltat genau untersucht werden müsse* – und das dauert eben seine Zeit. Dennoch will man in nächster Zukunft über eine mögliche Strafe für die Söhne des Möhnhofbauern nachdenken. Einer dieser Söhne ist überdies in eine Schlägerei verwickelt gewesen, in dem des Michael R.'s Ehefrau aus Bartholomä einige schmerzhaft Blessuren davon tragen mußte. Deswegen verurteilt der Magistrat den Sohn Michael am 20. September zu der verhältnismäßig geringen Strafe von sieben Gulden und 30 Kreuzer, die sich dann aber mit den fälligen Kur- und Prozeßkosten auf über 50 Gulden summieren.

14. September: Der jährliche Viehmarkt in Wäschenbeuren fällt dieses Jahr wegen einer Viehseuche aus.

Ganz resolut geht der Magistrat in der Klage des Franz G. gegen seine eigene Ehefrau vor. Er bescheidet beide Streitenden kurz aber bündig: *Miteinander ordentlich leben oder aber scheiden lassen! Die benötigten Kleidungsstücke dem Mann zu geben, das übrige consignieren* (also bis zur Entscheidung – Weiterführung der Ehe oder Scheidung – in Verwahr zu nehmen).

20. September: Das Wengen Stift in Ulm beklagt wieder einmal die rückständigen Zinsen auf sein bei der Stadt Gmünd stehendes Kapital.

Wieder einmal fordert der Magistrat seine eigene Stadtkasse auf, *die Zinse wie möglich gehörig abzuführen*. Aber das *möglich* ist wegen Geldmangel zu *unmöglich* geworden.

26. September: Vom Hauptquartier in Schwetzingen ergeht Weisung von Erzherzog Karl an die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd, alle vier Tage 900 Zentner Getreide für die Armee aufzubringen, und überdies verlangt der Festungskommandant in Ulm dringend zusätzliches Holz, Stroh und Lichter.

Der Ratsbeschluß zeigt die ganze Verzweiflung der ausgepowerten Stadt auf: *Solle wegen beyden Schreiben eine Vorstellung in das Hauptquartier an Seine Herzogliche Durchlaucht den Erzherzog Karl erlassen werden, dass hiesige Stadt mit diesem unmöglich aufkommen könne und wirklich ohnehin zu große Kosten tragen müsse*.

3. Oktober: Alles läuft nur noch knirschend. Selbst die Wirte bezahlen das *Ungelt*, also die Steuer auf die Getränke, nur noch schleppend. Sie müssen unter Androhung der Zwangseintreibung dazu gebracht werden, bis auf den kommenden Samstag, den 5. Oktober, diese Steuer nachzuentrichten.

Jetzt versuchen es auch die Stadtknechte: Sie wollen in Zukunft von allen Steuern und zusätzlichen Schatzungen gänzlich befreit werden. Die Entscheidung des Magistrats klingt fast trotzig: *Können von ihren Steuer und Schatzungsabgaben nicht befreit werden.*

Und des Volkes Stimme, der Chronist Dominikus Debler, bringt es auf den Punkt: *Handel und Wandel stehet ganz still, Geld ist rar und alles sehr tot.*

5. Oktober: Wegen der überall grassierenden Viehseuche hat man Bedenken, den Gmünder Viehmarkt dieses Jahr an St. Ursula (= 21. Oktober) überhaupt abzuhalten. Man entscheidet, ihn dennoch stattfinden zu lassen, aber unter folgenden Prämissen. 1.) *Auf dem Markt darf nur gesundes Vieh angeboten werden;* 2.) *der Viehmarkt wird in der Stadt und nicht außerhalb abgehalten.*

8. Oktober: In das in Gmünd am 15. September eröffnete „Feldspital“ werden 100 Bund Lagerstroh eingeliefert, da in naher Zukunft mit der Ankunft einiger Hundert Verwundeter zu rechnen ist. Requiert wird dieses Stroh auch in Rechberg und im Oberamt Heubach. Prompt kommen von dort Beschwerden.

Zum Feldlazarett bemerkt Dominikus Debler in seiner Chronik: *Den 15. September[1799] waren hier angekommen das kaiserliche Hauptlazarett und wurde sogleich ein Spital angelegt. Das Franziskaner- und Augustinerkloster wurden dazu bestimmt, sie mußten auch gleich ausziehen. . . Der Magister in der lateinischen Schule bei den Augustinern [= heutige Stadtarchiv] mußte auch ausziehen, da kam die Apotheke hin, in die Fuggerey waren auch Kranke gelegt worden. . . Und Michael Grimm bemerkt dazu in seiner im Jahr 1867 erschienenen Geschichte Gmünds: Den 15. September kam das kaiserliche Hauptlazareth hier an und wurde sogleich ein Spital angelegt, wozu man die Klöster ausersah. In die lateinische Schule bei Sct. Augustin kam die Apotheke. Die Bürger waren mit Einquartierungen beschwert. Die Augustiner wohnten bei den Bürgern, die Franziskaner bei den Dominikanern, weil ihr Kloster frei gelassen wurde. Später kam ein Verpflegungsadjunct mit einem Heu-, Haber- und Mehl-Magazin hier an; es wurde ihm dazu die Veitskirche und das Werkhaus angewiesen. Die Stadt wußte sich fast nicht mehr zu helfen. . .*

Der städtische Chausseeinspektor – heute würde man sagen: Chef des Straßenbauamtes – L. hat private Schulden und wird von einem Gläubiger aus Nürnberg verklagt. Die Schulden werden von seinem *Inspectionsgehalt* einbehalten.

Die Stimmung in der Stadt fängt zu kochen an. Ignatz V. hat beim Stadtbeamten Ferdinand St. angefragt, ob er auch die Exekution (= Zwangsvollstreckung) wegen verschiedener ausstehender Steuern zu erwarten habe. Statt eine Antwort zu geben, muffelte der Beamte herum und erhielt deshalb als Dankeschön vom erbosten Ignatz V. zwei saftige Ohrfeigen. Dafür muß er nun als Buße dreimal 24 Stunden in den Arrest, dem Beamten und seinem Dezernten, dem Amtsbürgermeister, Abbitte leisten und dem Stadtbeamten St. noch zwei große Taler *für die Schmerzen* – wohl seelischer wie körperlicher Art – geben. Am **9. Oktober 1799** erscheint ein Offizier der Gesellengarde und bittet um Haftverschonung für das bewährte Mitglied Ignatz V. Der Rat entscheidet: *Für diesmal wolle man sich mit der geringen Strafe begnügen; in Zukunft aber solches Benehmen verweisen!*

Gegen das Dirnenunwesen ist man in diesen Zeiten ohnmächtig, denn wo Soldaten sich aufhalten, ist stets auch das *älteste Gewerbe* natürlich nicht weit. Man kann es zwar nicht abstellen, aber vielleicht daran verdienen. Die Stadtknechte sind deshalb angehalten, von *denen nächtlicher weil herumspazierenden Weibspersonen* mit *schlechtem Lebenswandel* je einen Gulden einzuziehen.

Zum Vergleich: Ein Straßenknecht – heute vergleichbar mit einem Straßenwärter – verdient im ganzen Monat zwei Gulden.

16. Oktober: Anschreiben der Fürstpropstei Ellwangen, man möge doch in diesen Zeiten

gemeinsam einen Landsturm aufstellen, um Sicherheit gegen Raub und Plünderungen zu gewährleisten.

Am selben Tag beraten die beiden städtischen Konsulenten wieder einmal über das Strafmaß für die Söhne des Möhnhofbauern, die die Grenzsteine zum württembergischen Amt Heubach herausgerissen haben.

17. Oktober: Den städtischen Soldaten wird das Heiraten ab sofort verboten. Der Grund: Ein verheirateter Soldat kommt die Stadt teurer zu stehen (eventuelle Versorgung der Witwe etc.)

21. Oktober: Einige Verkäufer auf dem Ursula-Markt beschwerten sich über einen Händler aus Aalen, der ihre Plätze eingenommen habe. Es entscheidet der Magistrat: *Soll ein jeder seinen Platz wie zuvor einnehmen.*

Harte Zeiten, schlechte Zeiten: Am **22. Oktober 1799**, einem Dienstag, wird eine Frau dabei erwischt, wie sie bei einem Kaufmann auf dem Markt stiehlt. Es wird kurzer Prozeß gemacht: zehn *Stockhiebe* und Verweis aus der Stadt.

Herr Stadtkonsulent und *Marschkommissar* Stadlinger berichtet über die verletzten Offiziere und Ärzte im Feldlazarett in Schwäbisch Gmünd. Der Rat entscheidet, den Offizieren das von ihnen benötigte Holz (zum Feuern) und das Stroh zu liefern.

23. Oktober: Noch haben einige Leute Zuversicht in das weitere Fortbestehen der Reichsstadt Gmünd. Der Hofbraumeister von Dillingen an der Donau will dem Stadtkassieramt 2000 Gulden für fünf Prozent ausleihen, jedoch mit einer Rückzahlungsgarantie von St. Katharina, einer quasi halbgeistlichen Einrichtung, und nicht von der Stadt.

Die im Feldlazarett gestorbenen Soldaten sollen aus diesem *Depot herausgeholt* und begraben werden.

Die *Häusler* – also einfache Mieter – aus Bettringen beschwerten sich gegen die dortigen Bauern, sie allein hätten bis jetzt Fronarbeit auf der Festung in Ulm verrichtet, aber noch kein einziger Bettringer Bauer.

25. Oktober: Die Lage verschärft sich weiter. Erzherzog Karl verlangt für seine Armee von der Reichsstadt Gmünd sofort 1000 Zentner Mehl und 12500 Malter Hafer. Diese Menge kann Gmünd nicht aufbringen. Ganz absagen will man dem Erzherzog jedoch nicht, weil man sich seiner Verantwortung für die kämpfende Truppe bewußt ist. Man überlegt, was man denn liefern könne, *zumal man sich dennoch nicht gänzlich davon los machen könne*, vermerkt das Ratsprotokoll.

Es bildet sich ein städtischer Ausschuß, der überprüfen soll, welche *Mittel* man ergreifen muß, um den *Staat Schwäbisch Gmünd* zu stützen oder anders gesagt: Es gründet sich eine städtische Projektgruppe, die prüfen soll, wo man noch Geld herbekommt. Auch ihr fällt nichts Originelleres ein, als am **20. November 1799** nochmals eine Extra-Steuer zu beschließen, die auf die Stadt- wie Landbevölkerung umgelegt wird. Über die Beliebtheit dieser Steuer vermeldet Dominikus Debler: *Dieses Jahr sagt man 13 Steuern an und wurden ohne Ausnahme stark gepresst*, d. h. man mußte die Steuern unnachsichtig eintreiben, um sie überhaupt zu bekommen.

20. November: An die Landesuntertanen auf dem Land wird ein Erlaß herausgegeben, sie sollten endlich ihre schuldigen Gülden (= Steuern) bezahlen und zwar nicht in Geld, sondern in Naturalien.

11. Dezember: Johannes B. von Reichenbach verklagt den Johannes G. wegen ausbleibender Alimente. Der Rat entscheidet: *Den Soldaten übergeben werden oder auf ein Jahr ins Zuchthaus.*

Man spart weiter ein: Der Rat beschließt, *die Dragoner-Pferde, sobald als möglich mit gutem Nutzen abzuschaffen*. Den Spitalknechten will man in Zukunft schärfer auf die Finger

schaufen, indem man ihnen einen besonderen Aufseher beigibt. Der bisherige städtische Kutscher wird sofort vom Spital besoldet und fällt so mit seinen zwei Talern monatlich (= vier Gulden) nicht mehr dem Stadtsäckel, sondern dem Spital zur finanziellen Last.

13. Dezember: Der Rat der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd erläßt ein Dekret, mit dem er *nächtlichen Unfug und Schwärmerei* abstellen will. In Wirklichkeit geht es darum, die Sperrstunde in den Wirtschaften um 23 Uhr durchzusetzen – und zwar gegenüber der Bürgerschaft und dem fremden Militär. Das Dekret soll hier in Gänze abgedruckt werden. (vgl. zur Realität aber auch unter 8. Oktober: Stichwort Dirnenunwesen)

DEKRET

Zu Verhütung nächtlichen Unfugs und Schwärmerei, findet sich WOHLLÖBLICHER MAGISTRAT veranlaßt hiemit zu verordnen:

1. Daß Niemand, weiß Standes er auch seyn möchte, nach dem Zapfenstreich [das ist nach 7 Uhr] ohne mit einer Laterne versehen sich auf der Gasse antreffen lassen solle; wer sich hingegen verfehlt, verfällt in eine Geldstrafe a 30 Kreuzer.

2. Solle sich eben so wenig jemand länger als bis Nacht Eilf Uhr in denen Wirthshäusern aufhalten, zu solchem Ende der Wirth gehalten seyn, mit dem Schlag Eilf Uhr seinen Gästen nicht nur abzubieten, sondern auch denen selben durchaus nichts mehr einschenken. Wer nach dieser Stunde in einem Wirthshause angetroffen wird, verfällt ohne Ansehung der Person in eine Geldstrafe von 1 Reichsthaler; der Wirth aber, welcher, die bey ihm annoch befindliche Gäste zu verheimlichen sucht, in eine unachsichtliche Geldstrafe von 10 Reichsthalern.

Damit aber diese Verordnung genau beobachtet werde, so wird von der siebenten Stunde Abends angefangen eine aus kk und dahiesigem Kontingents-Militair zusammengesetzte Patrouille die Stadt von Zeit zu Zeit durchstreifen, nach Eilf Uhr aber der Stadtwachmeister mit dieser die Wirthshäuser durchsuchen, und jeder Uebertreter dieser Verordnung unachsichtlich zur Strafe gezogen werden. Zur Vermeidung aller Entschuldigung der Unwissenheit wird gegenwärtige Verordnung zu Jedermanns Wissenschaft durch den Druck bekannt gemacht, und in allen Wirthshäusern öffentlich angeschlagen.

Decretum Donnerstags in pleno extraordinario, den 12. Dezember 1799

Von Burgermeister und Raths wegen

24. Dezember: Das Ratsprotokoll wird immer lapidar: *Rückständige Kreiß Praestationen* (= Kreissteuern) *sind zu bezahlen*. Von was, weiß niemand. Selbst nicht Dominikus Debler: *Man hat auch wieder die Bürgerschaft um Geld anzuleihen angesucht, ist aber sehr schwach ausgefallen.*

Allgemeines **Preisniveau** in diesem Jahr: *sehr hoch*

1 Laib Brot = 28 Kreuzer; 1 Pfund Schmalz = 26 Kreuzer; 1 Malter Korn = 20 Gulden; 1 Malter Hafer = 18 Gulden; 12 grüne Zwetschgen = 1 Kreuzer; Obsternte in diesem Jahr fast ganz ausgefallen wegen schlechter Witterung; Zentner Heu am 1. Oktober 1799 3 Gulden 30 Kreuzer.

60 Kreuzer = 1 Gulden.

Quellen

Ganze und Geheime Ratsprotokolle 1799; Dominikus Debler, Chronik Bd. V/2; Michael Grimm, Geschichte der ehemaligen Reichsstadt Schwäbisch Gmünd, 1867.

einhorn Jahrbuch
SCHWÄBISCH GMÜND 1999



Einhorn-Verlag Eduard Dietenberger GmbH Schwäbisch Gmünd

einhorn-Jahrbuch Schwäbisch Gmünd
26. Jahrgang / 1999
Herausgegeben von Eduard Dietenberger

Redaktion: Ulrich Stegmaier
Für Anzeigen verantwortlich: Gerhard Nagel
Gesamtherstellung: Einhorn-Druck GmbH Schwäbisch Gmünd

© Einhorn-Verlag Eduard Dietenberger GmbH
Schwäbisch Gmünd 1999

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

ISSN 0723-0877
ISBN 3-927654-76-0

BILDNACHWEIS

Archiv Einhorn-Verlag S. 3, 52, 53, 54, 55, 61, 80, 89, 125, 127, 131
Stadt Schwäbisch Gmünd, Presseamt S. 9, 10, 14, 17, 19, 20, 21, 25, 26, 27, 28
Stadtarchiv S. 31, 32, 33, 34, 35, 36, 39, 110, 114, 115, 118, 121, 175
Museum für Natur & Stadtkultur S. 41, 42, 43, 99
Hermann Hänle S. 44, 48
Karl Fiedler S. 51
Archiv Staatliches Realschulseminar S. 63, 64
Foto Schweizer S. 68, 69, 72, 73, 76
Privat S. 78, 79
<http://www.iion.com/cineworld/Prague/Custom/peter-parler.html> S. 85
Fordham University New York S. 86, 87(1)
Ausstellungskatalog „Die Parler und der schöne Stil“ S. 87(1)
Aus „Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd“, Stuttgart 1984, S. 91
Johannes Schüle S. 137, 139, 140, 141, 142, 143(2), 144(2), 145, 146
Regina Harrer S. 143(1), 144(1)
Richard Storr S. 153, 155
Peter Spranger S. 178, 183, 185, 187, 189

Umschlagfoto: Szene aus einer Aufführung des Freilichttheaters „Peter Parler von Gmünd“ auf dem Münsterplatz.
Foto: Eduard Stanzel